

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Fraktion im Rat der Stadt Sankt Augustin

Rede zum Doppelhaushalt 2012/2013 in der Ratssitzung am 14. März 2012  
Fraktionsvorsitzender Martin Metz

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Schumacher,  
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Rat,  
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

Diese Haushaltsrede wurde geschrieben irgendwo zwischen den Beratungen zur Zukunft der Schullandschaft, dem Neubau eines Stadtzentrums, der Gestaltung von Elternbeiträgen, der Gründung eigener Stadtwerke und eben den Beratungen des Haushalts. Also erwarten Sie bitte nicht zu viel. Denn eigentlich sagt man „gut Ding will Weile haben“, aber die gab es für diese Rede eben nicht. Und viele RatskollegInnen und –kollegen können mir sicher nachfühlen, wenn ich sage: Die letzten Wochen und Monate gingen an die Substanz und wir hatten und haben viel zu beraten und zu entscheiden. Weile oder gar Langeweile gab es nicht.

Ein ganz wesentlicher Punkt: Der HUMA-Einkaufspark wird in der endgültigen Entscheidung vertagt auf die April-Sitzung. Von diesem Projekt werden wichtige Impulse ausgehen. Es zeigt sich jetzt schon, dass sich einiges tun wird und auch benachbarte Flächen im Zentrum attraktiver werden. Und sicherlich werden die zusätzlichen Steuereinnahmen uns auch noch nützen und man wird auch im Haushalt merken, dass sich in der Sankt Augustiner Mitte etwas tut. Das ist gut so. Aber das kann nicht die Legitimation dafür bieten, einige Dinge im Zentrum falsch zu machen. Aber darüber werden wir dann im April weiter reden.

Ebenfalls im April werden wir darüber entscheiden, wie es weitergehen wird mit dem ewigen Thema Strom- und Gasversorgung. Obwohl wir vor vielen Jahren einen Beschluss gefasst haben, endlich eigene Stadtwerke auf den Weg zu bringen: Getan hat sich nichts. Wenn man das einmal vergleicht mit anderen Städten, dann ist das schon ernüchternd. Dass es bis jetzt nicht voran ging, hat viele Gründe. Diese zu entwirren, würde schon ein halbstündiges Referat erfordern. Aber dass wir uns bis heute in einer Art Schwebezustand befinden, das liegt auch in der Verantwortung von Bürgermeister und Ratsmehrheit, die konkrete Schritte über Jahre verzögert haben. Ärgerlich sind dann Hunderttausende Euro Gutachterkosten und Hunderttausende Euro entgangene Einnahmen im Haushalt, die wir gut gebrauchen könnten.

Und schlussendlich werden wir im April entscheiden, wie es in der Angelegenheit Schulbau weitergeht und ganz konkret wird es um die Zukunft der Grundschule Freie Buschstraße und des Schulzentrums Niederpleis gehen. Dabei hätten auch wir uns mehr Beratungszeit gewünscht. Denn viele Fragen sind noch offen. Aber wichtig wird sein, dass wir im April entscheiden, wie es weitergeht. Schulen, Eltern und Verwaltung brauchen Planungssicherheit.

Gerade der letztgenannte Bereich des Schulbaus ist eigentlich symptomatisch für die aktuelle Situation. Wir alle hätten es gerne anders. Wir hätten gerne mehr Spielraum, mehr Entscheidungsfreiheit. Wir alle würden gerne mehr über Prioritäten streiten, anstatt sie vielfach durch die Fakten aufgezwungen zu bekommen. Wir alle wollen gestalten, wollen über den richtigen Weg streiten. Uns begegnen leere Kassen, eine wachsame Kommunalaufsicht und die Bürgerinnen und Bürger, die teilweise nicht verstehen, warum dieses oder jenes nicht doch einfach geht. Die Kommunalpolitik ist also nicht von der von uns beantragten und auch beschlossenen Erhöhung der Vergnügungssteuer betroffen.

Im Moment deutet vieles darauf hin, dass man gar nicht anders wird entscheiden können, als eine Grundschule in ein Schulzentrum zu verlegen. Weil es wohl pädagogisch vertretbar ist, aber auch weil es finanziell vermutlich die einzige Möglichkeit ist. Zumindest ein Finanzierungsvorschlag für die Alternative ist uns noch nicht bekannt. Wir werden darüber auch im April diskutieren und heute einen Haushalt verabschieden, der noch umgeschrieben werden muss.

Das alles sind Entscheidungen, die vertagt werden. Teilweise ist das im Moment auch richtig. Aber die Entscheidungen müssen trotzdem getroffen werden. Wir brauchen den Mut, in schwierigen Zeiten zu entscheiden.

Sie, nicht wir, werden heute einen Haushalt beschließen, der für die Planjahre 2012 und 2013 im Ergebnisplan ein Defizit von etwa 13,5 Millionen Euro vorsieht. Unser Haushaltssicherungskonzept schreiben wir dann aufgrund der geänderten Landesgesetze bis 2022 fort und streben nun dort ein positives Ergebnis von etwa 250.000 Euro an – nach Jahren der Defizite. Dass wir nun in 2022 tatsächlich einen ausgeglichenen Ergebnisplan haben werden, naja, wetten würde ich darauf nicht.

Die öffentlichen Haushalte befinden sich insgesamt in einer Schuldenkrise. Und es gibt einfach keine ausreichende politische Diskussion darüber, wie man dies beenden will. Natürlich wird immer mal wieder die verabschiedete Schuldenbremse angesprochen, aber es bleibt zweifelhaft, ob dieses Instrument wirken wird.

Und wenn es Bund und Land schon schlecht geht, dann wissen wir alle, dass es den Kommunen in der Regel noch schlechter geht. Wir sind halt die sprichwörtlichen Letzten, welche von den Hunden gebissen werden. Das ist nicht in Ordnung, wir müssen uns dagegen wehren. Wir müssen auf eine strikte Einhaltung der Konnexität drängen, egal wer gerade auf welcher Ebene am Ruder ist. Dabei möchte ich ausdrücklich sagen, dass die rot-grüne Landesregierung bei aller Kritik einen deutlichen Kurswechsel in Sachen Kommunal Finanzen geschafft hat. Der reicht sicherlich nicht aus, da sind wir uns einig. Wir werden uns sicherlich auch in den nächsten zwei Monaten darüber streiten, soviel ist klar. Nur dann muss man auch mal auf die Zeit vor 2010, als ein Herr Rüttgers Ministerpräsident war, gucken.

Einig sind wir uns, dass es noch Tropfen auf den heißen Stein sind. Wieviele Tropfen, darüber kann man sich streiten. Aber der Stein ist sehr heiß, das wird auch hier in Sankt Augustin klar. Und eigentlich wäre es unsere Aufgabe, den Stein etwas zu kühlen – sprich: Unsere Hausaufgaben müssen wir auch machen. Die Verantwortung einfach weiter zu reichen, das geht nicht.

Denn man muss die Folgen der Politik bedenken, die auch wir hier machen. Man kann ja von dem zehnjährigen Planungszeitraum des Haushaltes halten was man will. Aber er ruft uns so simple Sachen wie die Zinseszins-Rechnung in den Kopf. Wenn wir hier eine Ausgabe tätigen von 100 Euro, die wir uns nicht leisten können und zehn Jahre lang nicht zurückzahlen können, dann werden wir durch den Zinseszins-Effekt für zehn Jahre bei 48 Euro alleine an Zinsen landen. Und dann hat uns diese Ausgabe in 10 Jahren eben 148 Euro gekostet.

Der Schuldenberg wächst, die Zinsen steigen und man fragt sich: Wie kann das überhaupt gut gehen? Gibt es überhaupt noch eine Entschuldungsperspektive? Wo soll die herkommen? Wird in zehn Jahren jemand kommen und sagen „gut, dass ihr so lange durchgehalten habt“ und unsere Schulden übernehmen? Ich glaube nicht.

Angesichts dieser Rahmenbedingungen ist es unsere Verantwortung, jetzt und hier alle Entscheidungen zu treffen, um zumindest eine Perspektive zu wahren. Das bedeutet ja nicht eine sinnlose Kürzungssorgie. Es gibt viele Ausgaben, sicher die meisten, die absolut gerechtfertigt sind. Ob Kinderbetreuung, Schule oder auch Baumaßnahmen: Das sind auch finanziell langfristig wirtschaftliche und auch nachhaltige Sachen, mal abgesehen von der gesamtpolitischen Verantwortung. Aber diese Perspektive bestimmt ja viel zu selten die Diskussion.

Die Diskussion im Rat – da hat sich nichts geändert – sieht ja eher so aus, dass man versucht Kürzungen abzuwehren. Und das man versucht, irgendwo noch irgendwie irgendetwas aus dem Haushalt zu pressen. Es geht viel zu selten um eine finanzielle und politische Kosten-Nutzen-Betrachtung.

Wir GRÜNE haben es wie in den letzten Jahren anders gemacht: Wir haben Kürzungen vorgeschlagen, die nicht toll sind und uns auch keinen Spaß machen. Wir wollten wie so oft bei Verfügungsmitteln des Bürgermeisters, bei Sachkosten bei Planung, Ausgaben für Veranstaltungen kürzen. Alles abgelehnt.

Ein Beispiel: Man will Planungen für die Ortsentwicklung Birlinghoven, ohne überhaupt zu wissen, was man da will oder warum. Aber man hat etwas für Birlinghoven getan. Aus dieser Ausgabe von 8.000 Euro wird nach zehn Jahren eine Ausgabe von 12.000 Euro geworden sein. Vielleicht Peanuts, okay. Aber wofür? Damit man sagen kann „wir haben mal einen Plan gemacht“? Wird es einem Ortsteil besser gehen, wenn irgendwo ein Plan existiert? Planen kann hilfreich sein, aber dafür braucht man Anlass und Ziele. Es braucht keine Feigenblätter.

Und diese Ausgaben gibt es en masse in diesem Haushalt. Wenn die zehnjährigen Kinder, die heute beim Martinszug mitgehen (warum müssen diese Sachen überhaupt subventioniert werden) und dies von der Stadt bezuschusst wird, in dreißig Jahren vierzig Jahre alt sind, dann hat dieser Zuschuss zum Martinszug in diesem Jahr 2012 sie eben nicht 16.370 Euro, sondern etwa 53.100 Euro gekostet.

Im Kulturprogramm hatten wir die Erarbeitung eines Konzepts vorgeschlagen, dass ab 2015 Einsparungen von 20 % bringen sollte – abgelehnt.

Wir finden Planen nicht schlecht, wir finden auch Kultur, Martinszüge oder Altenfeste nicht schlecht. Wir müssen aber immer die Frage stellen, ob wir uns diese Ausgaben leisten können und wollen – was rechtfertigt sie? Das ist der Kern der Diskussion. Ich will ja jetzt nicht wie Frau Merkel als schwäbische Hausfrau vor Sie treten, aber es reicht ja schon die persönliche Perspektive: Was macht man als Privatmann oder –frau alles nicht, was auch schön und gut wäre, aber wofür man einfach kein Geld hat?

Wie kann man ernsthaft feststellen, dass Schulen und Sportstätten im maroden Zustand sind und man deshalb nur ganz langsam Verbesserungen erzielt – und gleichzeitig sagen, dass diese oder jene Sachen doch irgendwie nett sind und deshalb erhalten bleiben müssen? Wir müssen über die Prioritäten diskutieren und entscheiden. Nur dafür muss man erst einmal den Mut aufbringen, Prioritäten zu setzen!

Nun mag man also sagen, das bisher genannte sei alles Kleinkram. Die großen Brocken seien ja woanders. Bei den Ausgaben für Bauten, den Pflichtaufgaben oder den Strukturen. Nur auch da kommen wir eben nicht weiter.

Wir haben auf unseren GRÜNEN Antrag hin einen AK Konsolidierung eingerichtet, dessen Ergebnis beschämend ist. Natürlich fällt immer einer Politikerin oder einem Politiker oder einem Verwaltungsmitarbeiter ein, warum gerade diese Ausgabe irgendwie doch gut und nett und sinnvoll ist. Warum diese Struktur doch so bleiben müsse. Man hörte immer, was alles nicht geht. Man hört eigentlich nie, was geht. Die Anregungen aus dem AK 1.) Interkommunale Zusammenarbeit 2.) Synergieeffekte bei den Hausmeisterdiensten – das wurde alles nicht bearbeitet.

Aber wenn alles so bleibt wie es ist, dann fährt der Dampfer in die falsche Richtung. Das Defizit wächst. Um das Bonmot zu bringen: Heute stehen wir am Abgrund, morgen sind wir einen Schritt weiter.

Wir müssen deshalb jetzt alle uns zur Verfügung stehenden Mittel nutzen. Wir müssen alle notwendigen Entscheidungen treffen, um uns wieder handlungsfähig zu machen. Wir müssen mit offenem Visier darüber streiten, wo wir die knappen Mittel sinnvoll einsetzen und investieren wollen.

Und wenn wir GRÜNE fordern, der eine oder andere Radweg müsste her, dann tun wir das, weil wir glauben, dass das für die Flüssigkeit des Verkehrs, die Belastung der Straßen und den Klimaschutz richtig ist. Das ist eine zähes Ringen.

Und wenn wir GRÜNE Ausgaben für Energieeinsparung fordern, dann wollen wir der Stadt langfristig Kosten sparen und das Klima schonen. Das passiert zu wenig.

Und wenn es um Ausgaben für Schulen oder Soziales geht, dann wissen auch wir, dass es um die Zukunft von Menschen, insbesondere Kindern geht, aber auch um vermeidbare Sozialkosten von morgen.

Lassen sie uns darüber streiten, über Prioritäten über Sinn von Ausgaben. Aber auch mit der Voraussetzung, das große Ganze nicht aus dem Blick zu lassen. Niemand sollte mehr so tun, als könnten wir alles und jeden zufrieden stellen. Denn das wird uns wie bereits gesagt an einen Punkt führen, wo man niemanden mehr zufrieden stellen kann.

Wenn Immanuel Kant gesagt hat, dass Aufklärung der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit ist, dann ist Haushaltskonsolidierung der Ausgang der Politik aus der – teilweise – selbst verschuldeten Handlungsunfähigkeit.

Doch was kommt von den Mehrheitsfraktionen und vom Bürgermeister? Einfach nichts. Strukturelle Veränderungen werden nicht angestoßen oder man folgt, wie bei der Frage GGS Freie Buschstraße, den Sachzwängen, die gar nichts anderes übrig lassen, nachdem man über Jahre Entscheidungen verzögert hat. Eigeninitiative ist da kaum auszumachen. Welche Veränderungen im Sinne einer nachhaltigen Haushaltsführung haben denn Bürgermeister und Ratsmehrheit ernsthaft und aktiv voran gebracht? Mir fällt da wirklich kaum etwas ein. Ratsmehrheit und Bürgermeister hatten dreizehn Jahre Zeit.

Es ist ja auch nicht bequem. Es ist natürlich schöner, sich mit den positiven Seiten des Lebens auseinander zu setzen und den Schuldenberg unter den Teppich zu kehren. Es ist ja nicht so, dass man den Vorwurf machen könnte, Bürger würden über die Finanzlage belogen. Aber es ist schon so, dass die Lage verschwiegen wird. Es ist immer wieder erstaunlich, wenn Bürgerinnen und Bürger sich bei uns melden und man sie dann einmal über die Haushaltslage aufklärt. Da heißt es eigentlich immer: Das hat uns aber so noch niemand gesagt. Die Menschen sind enttäuscht und beängstigt, aber kaum jemand will ihnen reinen Wein einschenken.

Und da muss man, bei allem Respekt vor Person und Amt schon deutliche Worte finden. Warum kann sich der Bürgermeister nicht selber vor die hundert Schüler, Eltern und Lehrer stellen und die Haushaltszwänge und Dramatik der Lage beschreiben? Schulbau-AK, Schulausschuss, wo war der Bürgermeister? Wo war er, wenn die Verhandlungen zum Zentrumsumbau und die Fragen nach den finanziellen Risiken und Verpflichtungen für die Stadt gestellt werden? Wenn in Meindorf hunderte Bürger mit Polemik in Panik versetzt werden und Politik und Stadt schlechte Absichten unterstellen?

Wir könnten jetzt mit Hilfe der Wochenblätter und darin enthaltenen Fotos aufzählen, wo der Bürgermeister überall war, was seine Prioritäten waren, aber das erspare ich uns allen.

Liebe CDU, FDP, Herr Bürgermeister, aber auch liebe Oppositionskollegen: Gehen Sie ehrlich raus zu den Leuten. Seien sie mutig und sagen Sie ihnen, wie es um unsere Stadt finanziell bestellt ist. Sagen Sie, was sie wollen, was es kostet und was es bedeutet, auch finanziell. Uns sagen Sie, was nicht gehen kann, wo man kürzer treten muss.

Die hier formulierte Kritik bedeutet ja nicht, dass man eine Stadt schlechtreden muss. Natürlich passiert hier Gutes. Wir bauen Kinderbetreuung und Ganztagsbetreuung an Schulen aus. Wie gesagt wird es im Zentrum bald neue Impulse geben. Bei den Ortsteilen, insbesondere in Niederpleis, gibt es Perspektiven für eine Revitalisierung. Wir können gute Angebote der Jugendarbeit aufrecht erhalten. Alles gut und Sie haben da jede Unterstützung von uns.

Nur dürfen Erfolge nicht von vielen strukturellen Problemen ablenken.

Wir müssen, ob heute, ob im April oder auch danach, endlich wegweisende Entscheidungen treffen. Wir müssen unsere Ausgaben durchforsten. Wir brauchen die strukturellen Veränderungen. Wir brauchen den Mut, Sparmaßnahmen anzugehen, mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren, in der Politik zu beraten und dann auch den Mut, das umzusetzen.

Unser GRÜNES Programm ist klar: Wir müssen uns auf das Wesentliche beschränken.

Wir müssen auf Qualität setzen als Wohnstandort, durch Lärm- und Umweltschutz. Wir müssen Energie einsparen, regenerative Energiegewinnung fördern und so Klimaschutz betreiben und Wohlstand vor Ort fördern.

Wir müssen eine effiziente und klimafreundliche Infrastruktur für Mobilität schaffen.

Wir müssen uns weiter intensiv in den Bereichen Bildung und Soziales engagieren und die knappen Mittel bestmöglich einsetzen.

Wir müssen die Arbeit der Verwaltung effizienter gestalten und viel mehr mit Nachbargemeinden kooperieren.

Diese strukturellen Veränderungen brauchen wir nach unserer GRÜNEN Überzeugung. Sie wären politisch und finanziell richtig. Wir haben sie einzeln im letzten Jahr immer wieder vorgebracht, sodass ich mir die Details jetzt spare.

Unser Dank gilt wie jedes Jahr den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere Herrn Rupp, aber auch gerade Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen für die grundsätzliche und meist faire Zusammenarbeit.

Aber: Dieser Doppelhaushalt ist der in Zahlen gegossene strukturelle und finanzpolitische Stillstand. Er ist die Verantwortung von Bürgermeister, CDU und FDP, nicht unsere. Deshalb wird die GRÜNE Fraktion dem nicht zustimmen.

Und ohne Zitate kommt eine Rede nicht aus. Der bekannte Nachhaltigkeitspapst Franz Alt hat gesagt:

"Zukunft ist kein Schicksalsschlag, sondern die Folge der Entscheidungen, die wir heute treffen."

Lassen Sie uns in diesem Sinne endlich mutig miteinander streiten, wie wir in dieser Situation mit den richtigen Entscheidungen eine gute Zukunft für Sankt Augustin wenn nicht sichern, dann doch etwas möglicher machen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.